

Prof. Dr. Sebastian Bukow

(Honorarprofessor für Politikwissenschaft an der Universität Trier)

DOI: <https://doi.org/10.25353/ubtr-9d8e-d1e2-ba7f>

### Politik ohne Mehrheit?

Die Bundestagswahl 2025 verzeichnet mit 82,5 Prozent die höchste Wahlbeteiligung seit über 35 Jahren<sup>1</sup> – und doch wird das Ergebnis von den Menschen im Land mehrheitlich mit Sorge aufgenommen, nur ein Drittel im Land blickt positiv auf das Wahlergebnis. Dabei dürften nicht nur die Zugewinne der beiden Randparteien AfD und Linke für viele besorgniserregend sein. Auch die mit dem Ergebnis verbundene Frage nach der Regierungsbildung wird mehrheitlich skeptisch beantwortet. So ist nach der in der Bürger:innengunst letztlich wenig beliebten Ampel-Koalition und der übergangsweise bestehenden rot-grünen-Minderheitsregierung auch nach der Wahl aus Sicht der Bürger:innen keine Besserung zu erwarten: Jede:r Zweite geht von Schwierigkeiten bei der Bildung einer stabilen Regierung aus.<sup>2</sup>

Allerdings scheint das politische Handeln der designierten Regierungspartner im März diese Zweifel zu widerlegen: Der Weg zur Regierungsbildung verläuft, nicht

zuletzt mangels anderer politisch realisierbarer Koalitionsoptionen, zügig. Rund zwei Wochen nach der Wahl werden die Sondierungsgespräche zwischen CDU/CSU und SPD erfolgreich beendet und Koalitionsverhandlungen aufgenommen. Es scheint, als habe die künftige Regierung die demoskopisch erfasste Stimmungslage antizipiert: „Stabilität und Aufbruch“ seien für das Land zu gewährleisten, wie es im Sondierungspapier heißt.<sup>3</sup>

Waren die Sorgen also unbegründet, hat die Koalition der lagerübergreifenden Mitte als selbstverständene „letzte Patrone der Demokratie“ (so zumindest CSU-Chef Söder<sup>4</sup>) die Kraft, aus einer knappen Mehrheit eine stabile Regierung zu formen? Schnell zeigt sich: Der im März womöglich aufkeimende Optimismus war verfrüht, die Stabilität der neuen Regierung schon vor Amtsantritt höchst fragil. Die Kanzlerwahl am 6. Mai gelingt erst im zweiten Wahlgang,<sup>5</sup> und rasch werden parlamentarische Regierungsmehrheiten teils nicht oder nur

---

<sup>1</sup> Statistisches Bundesamt, 2025: Bundestagswahl 2025: Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik. Pressemitteilung Nr. 223 vom 23. Juni 2025, [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/06/PD25\\_223\\_14.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/06/PD25_223_14.html)

<sup>2</sup> Infratest dimap, 2025: ARD-DeutschlandTREND Februar extra 2025 "Nach der Bundestagswahl", <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2025/februar-extra/>

<sup>3</sup> CDU/CSU/SPD, 2025: Ergebnisse der Sondierungen von CDU, CSU und SPD, [https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Sonstiges/20250308\\_Sondierungspapier\\_CDU\\_CSU\\_SPD.pdf](https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Sonstiges/20250308_Sondierungspapier_CDU_CSU_SPD.pdf)

<sup>4</sup> Die Zeit, 2025, Söder über künftige Regierung: Letzte Patrone der Demokratie, Zeit Online 24.02.2025, <https://www.zeit.de/news/2025-02/24/soeder-ueber-kuenftige-regierung-letzte-patrone-der-demokratie>

<sup>5</sup> Deutscher Bundestag, 2025: Friedrich Merz mit 325 Stimmen zum Bundeskanzler gewählt, <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2025/kw19-de-kanzlerwahl-1062470>

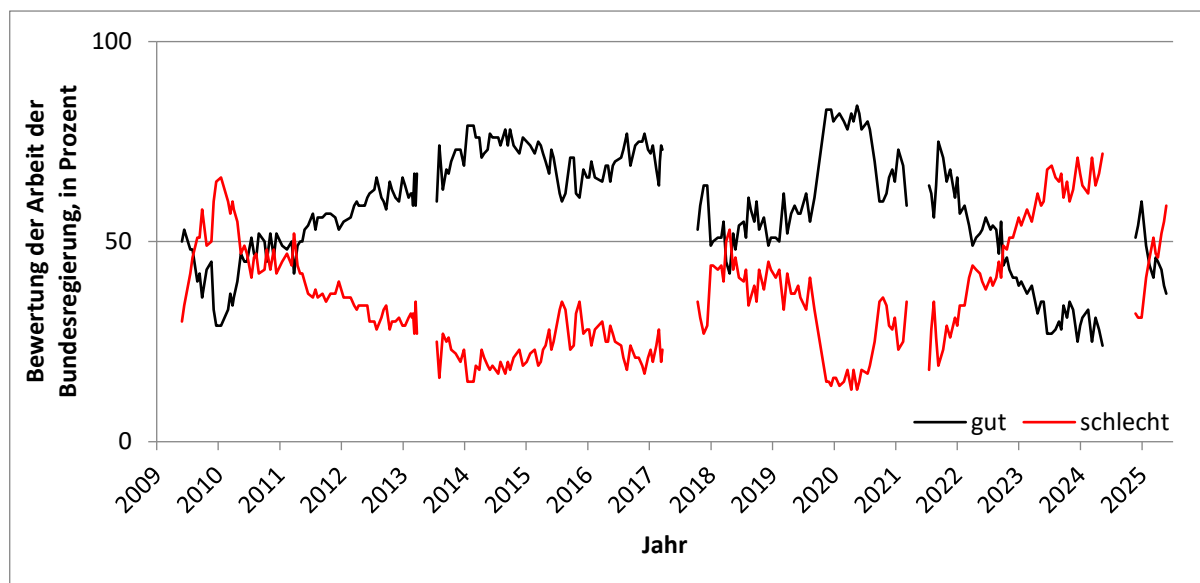


Abbildung 1: Bewertung der Bundesregierung im Zeitverlauf, Eigene Darstellung (Quelle: Forschungsgruppe Wahlen)

unter dem Einsatz hohen politischen Kapitals erreicht. Dazu kommen handwerkliches Missgeschick und innerkoalitionärer Streit (bspw. Verfassungsrichterinwahl, Rentenbeschluss, Wehrpflicht). Die von Beginn an nicht überbordenden Zufriedenheitswerte stürzen binnen Kürze ab,<sup>6</sup> im Dezember 2025 ist schließlich nur noch jede:r Fünfte mit der Bundesregierung (eher) zufrieden und die Umfragemehrheit der Regierungsparteien schwindet.<sup>7</sup>

Es wird deutlich, dass nicht nur die Mehrheitsfindung nach Wahlen herausfordernder wird, sondern auch ein Regieren ohne (Umfrage-)Mehrheit zum Normalzustand gerät: Regieren in Deutschland ist nur mit einem massiven Reputationsverlust für

die regierenden Parteien und Personen möglich. Dabei ist nunmehr ein Ausmaß an Unzufriedenheit erkennbar, das sich nur bedingt als Ergebnis strategischer, operativer und kommunikativer Fehler und Streitigkeiten in der Koalition deuten lässt. Vielmehr ist bereits seit 2022 bzw. 2023<sup>8</sup> unabhängig vom Koalitionsformat (SPD/Grüne/FDP, SPD/Grüne, CDU/CSU/SPD) eine überwiegende Unzufriedenheit mit der Regierungsarbeit erkennbar (vgl. Abb. 3)<sup>9</sup>, und auch die Zufriedenheit mit dem konkreten Funktionieren der Demokratie wird seit einiger Zeit überwiegend negativ bewertet.<sup>10</sup>

Dies steht einerseits in Verbindung mit der breit diskutierten Krise der Demokratie

<sup>6</sup> Infratest dimap, 2025: ARD-DeutschlandTREND November 2025, <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2025/november/>

<sup>7</sup> Infratest dimap, 2025: ARD-DeutschlandTREND Dezember 2025, <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2025/dezember/>

<sup>8</sup> Die Erhebungen verschiedener Umfrageinstitute unterscheiden sich im Fragewortlaut, aber auch hinsichtlich der Kippunkte, die generellen Trends verlaufen jedoch ähnlich vgl. bspw. Abbildung 1 und Infratest dimap, 2025, ARD-DeutschlandTREND Juli 2025, <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2025/juli/>

<sup>9</sup> Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer (2009-2025), Frage: "Ganz allgemein: Macht die Bundesregierung aus [...] ihre Arbeit alles in allem gesehen eher gut oder eher schlecht?"

<sup>10</sup> Infratest dimap, 2025: ARD-DeutschlandTREND Oktober 2025, <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2025/oktober/>

und dem Erfolg des Extremismus und Autoritarismus.<sup>11</sup> Andererseits sind aber auch system-, gesellschafts- und parteiimmanente Gründe anzuführen, die dazu führen, warum demokratische Politik gerade auf Bundesebene scheinbar nur noch ohne stabile (Umfrage-)Mehrheit gelingt. So wurde mit der Bundestagswahl erstmals der Übergang zum „polarisierten pluralistischen Parteiensystem“<sup>12</sup> auf Bundesebene vollzogen: Die Randparteien Linke und AfD erreichen eine parlamentarische Sperrminorität; ohne die Zustimmung einer der beiden Fraktionen ist eine 2/3-Mehrheit im Parlament nicht mehr möglich.<sup>13</sup> Das Parlament ist damit hochgradig fragmentiert. Zwar wurde dieses Ergebnis zum Teil erst durch die asymmetrische Mobilisierung im Zuge des migrationspolitischen Entschließungsantrags der Unionsfraktion Ende Januar ermöglicht,<sup>14</sup> was zugleich die hohe Volatilität und das Mobilisierungspotential im Wahlkampf herausstreicht (und im Gegenzug Chancen sowie Unsicherheit für die Parteien bringt). Es ist aber vor allem auch Ausdruck einer langfristigen Entwicklung:

Die Erosion der politischen Mitte und Stärkung der Randparteien in den Parlamenten, der „lange Weg zum polarisierten Pluralismus“, ist im Bund angekommen.<sup>15</sup> Dabei sind Parteiensystem und Wahlen jedoch nicht der Ausgangspunkt, sondern das Ergebnis gesellschaftlicher Entwicklungen. In diesem Fall ist die Bundestagswahl elektorales Ergebnis einer zwar affektiven Polarisierung der Gesellschaft, wie sie in den 2020er-Jahren zunehmend zu beobachten ist.<sup>16</sup> Während dabei auf Werteebene bislang keine Erosion der Mitte erkennbar ist,<sup>17</sup> nimmt die emotionale Distanz beziehungsweise Abneigung zwischen Anhänger:innen verschiedener Parteien zu, das Freund-Feind-Denken kehrt zumindest partiell in den politischen Diskurs zurück und eine zunehmende Segmentierung ist evident. So zeigt eine Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung, dass fast jede:r Vierte im Jahr 2024 sich nicht mehr vorstellen kann, eine andere Partei als die Präferierte zu wählen,<sup>18</sup> im November 2025 kommt nur für die Hälfte der Befragten eine Wahl der früheren Großparteien CDU/CSU oder SPD auch nur grundsätzlich in Frage.<sup>19</sup>

---

<sup>11</sup> Hans-Joachim Schubert/Jens Wurtzbacher, 2024: Von der Krise der Demokratie zur Krise der Gegenwartsdiagnose? Zur Überzeugungskraft aktueller Analysen des politischen Wandels, in: *Soziologische Revue* 47, 1: 35-50.

<sup>12</sup> Oskar Niedermayer, 2026: Der polarisierte Pluralismus des deutschen Parteiensystems, in: Jun, Uwe/Niedermayer, Oskar (Hg.): *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2025*, Wiesbaden, Springer VS (i.V.).

<sup>13</sup> Zu den Folgen bspw. Jannik Klein, 2025: Alte oder knappe Mehrheiten nach der Bundestagswahl, *JuWissBlog* Nr. 21/2025 v. 27.02.2025, <https://www.juwiss.de/21-2025/>

<sup>14</sup> Von der Inkaufnahme von AfD-Stimmen seitens CDU/CSU bei der Abstimmung im Bundestag und die damit verbundene Themenverschiebung auf Migration im Wahlkampf profitierten vor allem AfD und Linke, zur Abstimmung siehe *Deutscher Bundestag*, 2025: Mehrheit stimmt nach Regierungserklärung für Migrationsantrag der Union, <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2025/kw05-de-regierungserklaerung-1041594>

<sup>15</sup> Michael Angenendt/Simon D. Brause, 2025: The Long Way towards Polarized Pluralism. Party and Party System Change in Germany, in: Thomas Poguntke/Wilhelm Hofmeister (Hg.): *Political Parties and the Crisis of Democracy*, Oxford University Press: 82-107.

<sup>16</sup> Nils C. Kumkar, 2025: *Polarisierung. Die Ordnung der Politik*, Berlin: Suhrkamp.

<sup>17</sup> Dominik Hirndorf, 2024: Wachsende Unterschiede zwischen Wählerschaften, *KAS Monitor Wahl- und Sozialforschung*, <https://www.kas.de/documents/d/guest/wachsende-unterschiede-zwischen-wahlerschaften>

<sup>18</sup> Hirndorf, a.a.O.

<sup>19</sup> *Infratest dimap*, 2025: *ARD-DeutschlandTREND* November 2025, a.a.O.



Symbolbild „Angespannte Mehrheitsverhältnisse im Bundestag“ (KI-generiert mit OpenAI. Version GPT-4o mit DALL-E 3)

Die auf Systemebene erkennbare parlamentarische Fragmentierung korrespondiert also mit einer gesellschaftlichen affektiven Polarisierung. Im Ergebnis ist auf beiden Ebenen eine wechselseitige Schließung zwischen den politischen Parteien und Anhängerschaften festzustellen, sichtbar etwa in Unvereinbarkeitsbeschlüssen und damit politisch generalisiert eingeschränkten Koalitionsoptionen zwischen den demokratischen Parteien und der Ausdifferenzierung regionaler Wahlmuster sowie die bereits erwähnte Ablehnung der Wahlbereitschaft anderer Parteien. Zwar finden sich in allen Regionen des Landes Wähler:innen aller Parteien,<sup>20</sup> aber es ist erkennbar, dass die Regierungsparteien zuletzt keine Mehrheit mehr abbilden konnten, die das Land in seiner Gesamtheit abdeckt. Das heißt, die parlamentarische Mehrheit spiegelt nicht überall im Land – etwa in ostdeutschen Regionen oder aber urbanen Zentren – die Mehrheit der Gesellschaft wider. Auch dies dürfte dazu beigetragen haben, dass sich

die Unzufriedenheit mit der Regierung zunehmend manifestiert. Verstärkt wird diese Tendenz durch die jüngere Parteienentwicklung selbst, hier sind gerade bei den etablierten Parteien Muster der Schließung ersichtlich, sowohl personell wie auch thematisch. Dies ist einerseits Folge der Ausweitung der innerparteilichen Demokratie und der stärkeren Rolle von

parteiinternen Akteursgruppen, andererseits aber auch eine Reaktion auf die gestiegene elektoral-gesellschaftliche Unsicherheit, die einen Rückzug auf die Kernwählerschaften und -milieus als Sicherheitsversprechen plausibel erscheinen lässt.

Zusammengenommen verdichten sich damit die Anzeichen einer andauernden Herausforderung für die Demokratie in Deutschland, die traditionell auf mehrheitsbasierte, fest vereinbarte Koalitionen setzt. Während bei Wahlen und damit verbundenen strategischen Entscheidungen die Koalitionsoptionen empirisch wie politisch weniger werden, gelingt es den Regierenden kaum, während der Regierungsphase eine Umfragemehrheit für ihr Regierungshandeln zu erhalten. Die kurzzeitige Entwicklung im März, die rasche Aufnahme von Koalitionsverhandlungen zwischen den Parteien der Mitte konnte daher gerade nicht den Weg in eine stabilere Regierungsphase bereiten. Die weit verbreitete Unsicherheit ist, so scheint es, auch in den Parteien und im Regierungshandeln angekommen. Statt Regierungsgelassenheit treten verstärkt interessengeleitete, strategisch nicht immer

<sup>20</sup> Ansgar Hudde, 2025: Wo wir wie wählen. Politische Muster in Deutschlands Nachbarschaften, Frankfurt/Main: Campus.

plausible Konflikte in den Vordergrund, und politische Gegnerschaften werden übermäßig im demokratischen Lager untereinander statt im gemeinsamen Handeln gegen demokratiefeindliche Akteure adressiert. Im Zuge einer sich verfestigen Fragmentierung, Segmentierung und parteilichen Schließung wird es damit zunehmend unwahrscheinlich, dass traditionelle Mehrheitskonstellationen im Bund dauerhaft erreicht und gehalten werden können.

Damit ist jedoch die vermeintlich „letzte Patrone“ nicht verbraucht, vielmehr wäre eine solche Perspektive im Grunde politisch und empirisch verkürzt. Stattdessen gilt es, die lange Zeit vor allem akademisch geführten Debatten um neuere Regierungs- und Responsivitätsmodelle auch in möglichst unaufgeregter Weise in die konkrete gesellschaftliche, mediale und politische Diskursarena zu bringen. Noch ist unklar, wie sich ein mögliches Regieren ohne (Umfrage-)Mehrheiten funktional bestmöglich umsetzen lässt. Die Debatten um die Brandmauer aber auch um situative Mehrheit bis hin zu Minderheitsregierungskonstellationen<sup>21</sup> zeigen deutlich den Bedarf und die Entwicklung, dass die Debatten um das demokratische Regieren und demokratische Mehrheiten nach der Zeitenwende erst begonnen haben. Dies umfasst institutionelle Fragen ebenso wie kulturelle, auf Ebene des Parteienwettbewerbs, der Gesellschaft und der Parteien selbst. Dabei werden Innovationen ebenso erforderlich

sein wie der Blick in andere Demokratien, um sowohl Gefahren wie auch Chancen neuer Regierungsmuster evidenzbasiert bewerten und in der notwendigen gesellschaftlichen Tiefe diskutieren zu können.

---

<sup>21</sup> Zur politischen Debatte bspw. Der Spiegel, 2025: Eine Minderheitsregierung ist für die CDU kein Ausweg, sondern gefährlich, Spiegel online, 20.11.2025, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/cdu-minderheitsregierung-ist-kein-ausweg-sondern-gefaehrlich-meinung-a-47d5c965-34ab-48e8-b127-0396738e6a1c> oder Die Zeit, 2025: Platz-Patronen, Zeit online 20.11.2025, <https://www.zeit.de/2025/49/schwarz-rote-koalition-rente-brandmauer-afd>; zur wissenschaftlichen Debatte bspw. Maria Thürk/Christian Stecker, 2023: Flexibel, stabil und effektiv? Zum Stand der Forschung über Minderheitsregierungen, in: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft 17, 297–314 (2023).